



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

**Stephan Grüger (SPD), Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD),
Karina Fissmann (SPD), Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion
SuedLink-Trassenverlauf fragwürdig – 100 Meter Mindestabstand durchsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es ernst zu nehmende Einwände gegen den von TennT TSO vorgeschlagen Trassenverlauf von SuedLink durch den Werra-Meißner-Kreis gibt. Es bestehen offensichtlich berechnete Zweifel an der fachlichen Begründung des hier vorgeschlagenen Trassenverlaufes. Es verdichtet sich der Eindruck, dass der nun vorgeschlagene Trassenverlauf nicht fachlichen Gründen, sondern dem Prinzip des voraussichtlich geringsten Widerstands geschuldet ist.
2. Der Hessische Landtag kritisiert, dass beim vorgeschlagenen Trassenverlauf des Erdkabels durch Hessen kein Mindestabstand zu Wohnhäusern, Kindergärten, Spielplätzen und Schulen vorgegeben ist. Der Hessische Landtag fordert, hier einen Mindestabstand von 100 Metern vorzuschreiben. In diesem Abstand ist eine Auswirkung der HGÜ-Leitung vollständig ausgeschlossen und sind keinerlei von der HGÜ-Leitung abgegebene elektrische oder magnetische Felder messbar. Ein solcher Mindestabstand würde massiv zur Akzeptanz der Bevölkerung in den betroffenen Durchquerungsgebieten beitragen.
3. Der Hessische Landtag weist darauf hin, dass durch den geplanten Kohleausstieg eine vollständige Überarbeitung des Netzentwicklungsplanes (NEP) und des Bundesbedarfsplanes notwendig geworden ist. Durch den Wegfall der Kohlekraftwerke in den nördlich Hessens gelegenen deutschen Ländern wird es dort nicht mehr zu einem Stromüberschuss kommen, da dort weder zurzeit noch in absehbarer Zukunft auf das Jahr gesehen mehr Windstrom produziert wird, als in diesen deutschen Ländern an Strom verbraucht wird. Da die Begründung für SuedLink (und andere HGÜ-Leitungen) aber dieser Stromüberschuss ist, wird auch SuedLink durch den geplanten Kohleausstieg infrage gestellt. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, öffentlich und gegenüber der Bundesregierung auf diese Fakten hinzuweisen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, die fachlichen Einwände aus dem Werra-Meißner-Kreis ernst zu nehmen und aufzunehmen.
5. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, dem aktuellen Vorschlag zur Trassenführung mit Hinweis auf die fachlichen Mängel der Begründung als nicht fachlich begründet zurückzuweisen.

Wiesbaden, 17. Juni 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

**Stephan Grüger
Tobias Eckert
Elke Barth
Karina Fissmann
Knut John
Marius Weiß**